

# **Verband des höheren Verwaltungsdienstes in Schleswig-Holstein e.V.**

**Mitglied im Deutschen Beamtenbund**

**20. März 2013**

## **Medieninformation**

### **Beamtenbesoldung: Unangemessen und ungerecht!**

Der Tarifabschluss muss ohne jede Einschränkung wirkungsgleich auf **alle** Beamtinnen und Beamten übertragen werden. **Jede** Schlechterstellung der Beamtinnen und Beamten gegenüber den Tarifbeschäftigten ist inakzeptabel. Daher verbieten sich auch alle Überlegungen, „speziell“ die Beamtinnen und Beamten des höheren Dienstes in besonderer Weise zu belasten. Das zeugt von mangelnder Wertschätzung.

Nachteilige Entwicklungen im Tarifbereich sind in der Vergangenheit ohne weiteres wirkungsgleich auf die Beamtinnen und Beamten übertragen worden – die Gleichbehandlung muss nun auch im Positiven gelten. Eine Besoldungsanpassung um 1,3 % für 2013 und 2014 für Besoldungsstufen ab A 14 gleicht nicht einmal die Inflationsrate aus.

Mit dem von der Landesregierung beabsichtigten Sonderopfer der Beamtinnen und Beamten des höheren Dienstes wird der höhere Dienst landesintern gleich doppelt „abgekoppelt“: Einmal im Verhältnis zu den Tarifbeschäftigten und ein zweites Mal im Verhältnis zu den unteren Besoldungsgruppen. Das missachtet den verfassungsrechtlichen Alimentationsgrundsatz und das verfassungsrechtliche Abstandsgebot. Entgegen früherer Praxis soll nunmehr erstmalig die Besoldung ab A 14 dauerhaft nivelliert werden. Zusätzlich schließt die Aufstockung der Beförderungsmöglichkeiten den höheren Dienst aus. Auch im Ländervergleich würde der höhere Dienst weiter abgekoppelt. Schon jetzt finden sich die schleswig-holsteinischen Beamtinnen und Beamten des höheren Dienstes im unteren Drittel der Besoldungsskala von Bund und Ländern wieder.

Gerade Schleswig-Holstein benötigt für die Bewältigung der immensen Herausforderungen der Zukunft erstklassige, leistungsstarke und hochmotivierte Führungskräfte – mit der „zweiten Wahl“ kann sich das Land nicht zufrieden geben! In Zukunft werden noch mehr Menschen mit einem Hochschulabschluss die Frage, ob es sich lohnt, in den öffentlichen Dienst in Schleswig-Holstein einzutreten, nachvollziehbar mit „Nein“ beantworten.

Verantwortlich für diesen Presstext: Manuela Söller-Winkler, Vorstandsvorsitzende des Verbandes des höheren Verwaltungsdienstes in Schleswig-Holstein e.V., Düsternbrooker Weg 92, 24105 Kiel; E-Mail: [kontakt@vhvsh.de](mailto:kontakt@vhvsh.de); siehe im Übrigen: [www.vhvsh.de](http://www.vhvsh.de)

Den Beschäftigten in Schleswig-Holstein wird in den nächsten Jahren besonders viel abverlangt werden. Der umfangreiche Stellenabbau – erkennbar nicht begleitet von entsprechenden Konzepten zum Aufgabenabbau – wird zu erheblicher Aufgabenverdichtung führen. Das heißt: Weniger Beschäftigte müssen mehr leisten. Umso mehr müssen diese Beschäftigten gut bezahlt werden – ohne jede Differenzierung zwischen Angestellten und Beamten und zwischen Besoldungsgruppen! Es stellt sich schon die Frage, ob es sich bei dem Tarifabschluss überhaupt um eine „echte“ Gehaltserhöhung oder nicht nur um die Bezahlung von Mehrarbeit handelt! Umso mehr ist die wirkungsgleiche Übertragung auf **alle** Beschäftigten geboten!

Zu kurz greift schließlich auch der Rechtfertigungsversuch, dass andere Länder den Tarifabschluss auch nicht wirkungsgleich auf alle Besoldungsgruppen übertragen wollen. Die meisten anderen Länder gehen aus einer für die Beamtinnen und Beamten besseren Ausgangssituation in die Diskussion. So wird in NRW, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg z.B. noch das Weihnachtsgeld (z. T. als Gehaltsanteil) gezahlt, das es in Schleswig-Holstein längst nicht mehr gibt! Zudem bewegen sich diese Ländern generell auf einem höheren Gehaltsniveau. Im Übrigen sind schlechte Vorbilder denkbar ungeeignet, um die eigene Argumentation zu stützen.

Die Beamtinnen und Beamten des höheren Dienstes empfinden den Vorschlag der Landesregierung zur Besoldungsanpassung als **unangemessen und ungerecht!**